

Der Ökonomist.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen Wegzug großer Industrien von Wien.

Wien, 3. Mai.

Nahezu hundert große und kleine Unternehmungen wollen daran schreiten, ihren Sitz aus der Metropole in jenen Staat zu verlegen, wo sich ihre Fabriken oder sonstigen Betriebsstätten befinden. Die Verwaltungen, zuweilen auch bereits die Generalversammlungen, haben prinzipielle Beschlüsse gefaßt; zur tatsächlichen Durchführung ist es bisher nur in vereinzelten Fällen gekommen, unmittelbar nach dem Frieden, der die politischen Verhältnisse und die Staatsgebiete festlegen wird, soll aber die Verwirklichung erfolgen. Die Regierungen der Nationalstaaten, in erster Reihe des industriereichen Böhmens, drängen auf möglichst rasche und gründliche Lösung des Bundes, das ihre Wirtschaft mit dem Mittelpunkt des früheren Gesamtstaates noch verknüpft; die Verwaltung unseres Staates kann keinen grundsätzlichen Widerspruch erheben, muß aber naturgemäß darauf bedacht sein, die schwerwiegenden materiellen Interessen, namentlich die Steuern, vor ernstster Schädigung zu bewahren. Wie gewaltige Fragen dabei in Betracht kommen, zeigen einige wenige Angaben über die größten Betriebe, die jetzt von Wien losgetrennt und nach dem tschechischen Staate verlegt werden sollen. Der Gründungs- und finanzielle Mittelpunkt der Großindustrie war seit altersher die Reichshauptstadt. Von hier aus wurden die Verbindungen angeknüpft und gepflegt, die zu den Weltmärkten, namentlich auch zu den überseeischen Absatz- und Versorgungsgebieten führten, hier vereinigte sich Angebot und Nachfrage im Export und Import, hier war die Stelle für den konzentrierten Kredit, die Banken und die Börse, hier war auch immer ein Stapelplatz des Handels, der aus der Versorgung einer Bevölkerung von zwei Millionen seine ständige Befruchtung zog. Die Standorte der Fabriken waren selbstverständlich dort, wo die natürlichen Voraussetzungen für die Produktion gegeben waren, in der Nähe der Fundstätten für Kohle und Erz, bei den großen landwirtschaftlichen Betrieben, an den Wohnsitzen einer seit Jahrhunderten auf spezielle Erzeugungen eingerichteten gewerbesleißigen Bevölkerung. Das war das natürliche Verhältnis, solange die Gemeinsamkeit der Wirtschaft und der Währung bestand und Wien der einzige im Weltverkehr anerkannte kommerzielle und finanzielle Brennpunkt eines Gesamtstaates von dreißig Millionen war. Jetzt ist nicht nur die staatliche, sondern auch die ökonomische Einheit zerrissen, die Teilstaaten haben ihre eigene Währung, ihre selbständige Handels- und Wirtschaftspolitik und gehen mit allen sanften und rauhen Mitteln der Uebertredung und des Zwanges daran, das industrielle und Finanzkapital der in ihren Gemarcken tätigen Unternehmungen zur Gänze bei sich zu vereinigen.

Die großen und mittleren Betriebe, die ihre Zentralleitung in Wien, ihre Fabriken und Anlagen im tschechischen Staate haben, verteilen sich auf die verschiedensten Zweige der industriellen Tätigkeit. In erster Linie springt hier die Montanindustrie ins Auge, namentlich die Eisenwerke, Prager Eisenindustrie, Berg- und Hüttenwerksgesellschaft, Poldi-Hütte, Rothau-Neudek. Daran schließen sich die Kohlenwerke, von denen die Braunkohlenbetriebe schon jetzt zumeist ihren Sitz in Böhmen hatten, die Steinkohlenindustrien aber von Wien geleitet waren, wie die großen Bergwerksunternehmungen der Nordbahn und Staatsbahn, die Kossitzer und Westböhmisches Werke, und manche kleinere Betriebe. Die größten Unternehmungen der Maschinenindustrie sind in Prag, Brünn und anderen Städten konzentriert; manche Betriebe mit Weltruf, in erster Linie die Škoda-Werke, hatten ihren Hauptsitz in Wien, sollen aber demnächst in den tschecho-slowakischen Staat übersiedeln. Von der Zuckerindustrie waren bereits gegenwärtig die böhmischen Exportraffinerien vollständig im Lande und ebenso manche Fabriken für Rohzucker und Konsumware, die von den Prager Filialen, Wiener Banken oder von nationalen tschechischen Instituten patronisiert wurden. Die im letzten Jahrzehnt gegründeten Zuckerkonzerne der Firmen Schöeller, Stummer, und manche mährischen Gesellschaften dieser Branche waren jedoch von Wien aus dirigiert und sollen nunmehr ganz nach Böhmen verlegt werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der chemischen und Spiritusindustrie, in der Metallindustrie, in der Erzeugung von Papier und der Verarbeitung von Holz, vielfach auch in der Textilindustrie, bei der manche der größten privaten und Aktienunternehmungen von Wien aus geführt wurden. Faßt man rund fünfzig der hier in Betracht kommenden Aktiengesellschaften, unter denen sich die größten charakteristischen Betriebe befinden, zusammen, so berechnet sich das nominelle Aktienkapital mit etwa 600 Millionen, wozu noch rund 150 Millionen Kronen Reserve treten; würde man das Agio der Aktien, selbst nach dem jetzigen Kursstande veranschlagen, so würde man zu einer Kapitalsinvestition von reichlich anderthalb Milliarden gelangen. Die erzielten bilanzmäßigen Gewinne aus diesen Betrieben summieren sich nach den Abschüssen des Jahres 1917 mit mehr als 100 Millionen Kronen, dürften aber im abgelaufenen Jahre 1918 bereits nahezu schwächer gewesen sein und sich heuer weiter vermindern, bei vielen Betrieben auch ganz verschwinden.

Ein Wegzug von hundert großen Zentralleitungen, wozu auch noch manche bisher in Wien geführten, jetzt auch nach dem tschechischen Staate übersiedelnden Privatbetriebe treten dürften, muß im wirtschaftlichen Gefüge der Hauptstadt und auch des Staates Deutschösterreich einen empfindlichen Eindruck machen, zumal der gesamte ökonomische Körper durch die fortwährenden Schläge, die auf ihn niedergegangen sind, bereits sehr empfindlich geworden ist. Zwar werden die meisten dieser Gesellschaften in Wien Repräsentanzen, Handelsniederlassungen und Warenlager zurückbehalten, allein Tausende von Beamten werden doch unsere Stadt verlassen, die Paläste und Bureauhäuser der großen Gesellschaften, manche Wohnungen werden geräumt werden, und das Fehlen so vieler, zumeist kaufkräftiger Verbraucher wird sich im örtlichen Konsum sicherlich sehr fühlbar machen. Der Steuerfiskus muß das Wegziehen dieser Steuerträger in einem Ausfälle an Einkommen- und Be-

120